



Offizielle Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 12.03.2016:

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info sowie ria.ru

Ria.ru: Der Sicherheitsdienst der Ukraine hat das Oberhaupt der selbstausgerufenen LVR Igor Plotnizkij vor den Untersuchungsbeamten zur Befragung als Verdächtiger geladen. Es wird mitgeteilt, dass Plotnizkij bezüglich drei Paragraphen verdächtigt wird: „ungesetzliche Freiheitsberaubung oder Entführung eines Menschen“, „terroristischer Akt“ und „ungesetzliches Herüberbringen von Personen über die Staatsgrenze der Ukraine“.

„Igor Wenediktowitsch Plotnizkij hat als Verdächtiger am 17. März 2016 um 10:00 Uhr im Raum Nr. 338 der Ermittlungsabteilung der Hauptkoordination des Sicherheitsdienstes der Ukraine in Kiew zu erscheinen... beim Untersuchungsbeamten ... zu Mitteilungen bezüglich des Verdachts und Verhör als Verdächtiger... im Zusammenhang mit der Durchführung vorgerichtlicher Ermittlungen dieser Vergehen und zum Empfang einer Kopie des Beschuldigungsaktes“, heißt es in einer Mitteilung des ukrainischen Spezialdienstes, der am Freitag auf seiner Seite veröffentlicht wurde.

Lug-info.com: Indem sie Beschuldigungen gegen das Oberhaupt der LVR Igor Plotnizkij vorbringen, zeigt Kiew deutlich seine Beziehung zum Minsker Prozess. Dies teilte der bevollmächtigte Vertreter der LVR bei den Verhandlungen der Kontaktgruppe Wladislaw Dejnego mit.

So kommentierte er die heute auf der Seite des Sicherheitsdienstes der Ukraine veröffentlichte Mitteilung über eine Vorladung von Plotnizkij zum Verhör.

„Die Ukraine hat ein weiteres Mal ihre Beziehung zum Minsker Friedensprozess demonstriert“, sagte er.

„Der Sicherheitsdienst der Ukraine hat Beschuldigungen in Bezug auf das Oberhaupt der LVR Igor Plotnizkij vorgebracht, was eine direkte und klare Verletzung von Punkt 12 des Minsker Protokolls vom 5. September 2014 ist“, erklärte der bevollmächtigte Vertreter der Republik und verwies auf die von der ukrainischen Seite übernommene Verpflichtung bezüglich einer Amnestie für die Teilnehmer des Konflikts im Donbass....